



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.12.2013

AN/1481/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.12.2013

Öffentlichkeitsbeteiligung bei neuen Asylbewerberunterkünften verbessern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion PRO KÖLN bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und zu behandeln:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Die Anwohner von jeglichen neu geplanten Asylbewerberunterkünften – sei es nun in angemieteten oder städtischen Immobilien, Hotels, Container oder Neubauten - sind von der Stadt Köln zeitnah, auf jeden Fall aber noch vor dem Erstbezug, über die geplante Maßnahme zu informieren. Hierbei sind auch Angaben über die zu erwartenden Asylbewerbergruppen, die vorgesehene Betreuung z. B. auch für schulpflichtige Kinder sowie über das Beschwerdemanagement und die voraussichtliche Dauer der Nutzung zu machen.
2. Der Rat erwartet, dass die Verwaltung kurzfristig das auch von verschiedenen Flüchtlingsverbänden und Institutionen geforderte Konzept vorlegt, wie und an welchen Standorten mit welchen Kapazitäten langfristig die Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Nur durch ein solches nachvollziehbares belastbares Konzept kann nachgewiesen werden, dass es sich bei den derzeitigen Standorten wirklich um Zwischenlösungen aus der Not heraus handelt.

Begründung:

Die Asylbewerberzahlen steigen seit 2009 kontinuierlich an, ein Ende dieser Steigerung ist nicht abzusehen. Die vorhandenen Wohnheime und sonstigen Unterbringungsmöglichkeiten sowie die bereits beschlossenen Maßnahmen zu Sanierung und Neubau von Wohnheimen reichen für die zu erwartenden Zahlen längst nicht mehr aus. Die Verwaltung ist daher derzeit dabei, Hotels und andere Objekte für eine kurz- bis mittelfristige Unterbringung anzumieten.

Neben den verfehlten freiwilligen Kölner Luxus-Richtlinien zur Asylbewerberunterbringung und der skandalösen Duldungspraxis für Scheinasylanten, ist vor allem auch die derzeitige Informationspolitik der Stadtverwaltung völlig inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass die betroffenen Anwohner und Einrichtungen in der Nachbarschaft erst aus der Presse oder, wie jetzt geschehen, durch PRO KÖLN davon erfahren, dass z. B. das Hotel Arena One in der Solinger Straße in Kalk für die Unterbringung von über 100 Flüchtlingen genutzt werden soll. Dies gilt umso mehr, da es sich nicht um eine nur kurzfristige Belegung, sondern um eine mittelfristige Nutzung für mindestens 3 Jahre handeln wird.

Durch diese defensive Herangehensweise wegen der erwarteten Widerstände der Bevölkerung vor Ort schürt man letztlich nur noch mehr Ängste und Fremdenfeindlichkeit. Daher erwartet PRO KÖLN, dass die Verwaltung den Bürgern klipp und klar mitteilt, welche Personengruppen wohin kommen, wie die Betreuung vor Ort geregelt und wer Ansprechpartner im Falle von Beschwerden ist. Nur durch eine umfassende rechtzeitige Informationspolitik und eine grundlegende Wende in der städtischen Asylpolitik kann überhaupt eine größere Akzeptanz für echte Asylbewerber wieder hergestellt werden.

Gez. Markus Wiener